



Menschen im Blick - Rundschreiben 10/2021 vom 12. März

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Woche begann mit einem äußerst wichtigen Thema, das mir persönlich sehr am Herzen liegt. Am Montag, den 8. März, feierten wir den Internationalen Frauentag. Ein idealer Zeitpunkt, um über Gleichstellung zu sprechen. Die müssen wir in allen Bereichen unseres Lebens durchsetzen. Mit mir und der SPD-Fraktion im Bundestag gibt es nicht nur Applaus in Krisenzeiten - wir sind immer die Anwält:innen für eine faire Entlohnung all derjenigen, die den Laden am Laufen halten. Für eine gerechte Aufteilung von Familie und Beruf, für Partnerschaftlichkeit. Und ich möchte, dass mehr Frauen in Führungspositionen zu finden sind – in der Politik und in der Wirtschaft.

Es hat mich daher sehr gefreut, am Montag beim Online Talk der Kreisvolkshochschule Bad Dürkheim zum Thema „Mehr Frauen in Führungspositionen“ mitdiskutieren zu dürfen.



Equal Pay Day

In der Pandemie können wir alle sehen, dass in Sachen Gleichstellung noch viel Arbeit vor uns liegt. Dabei darf Corona nicht zum Bremsen werden oder uns weiter zurückwerfen. Ganz im Gegenteil! Als Lehre aus dieser schwierigen Zeit können wir ziehen: Wir brauchen mehr Gleichstellung!

Ein wichtiger Punkt hierfür ist die Zahlung von gleichem Lohn für gleiche Arbeit. Im Schnitt erhalten Frauen 18 Prozent weniger Lohn als Männer. Das ist ungerecht! Die Gründe dafür sind verschieden. Gerade die "systemrelevanten Berufe", die überwiegend von Frauen ausgeübt werden, sind unterbezahlt. Zudem stecken hauptsächlich Frauen beruflich zurück, wenn es um Sorgearbeit wie Kindererziehung geht, während Männer Karriere machen. In gut bezahlten Führungspositionen sitzen fast ausschließlich Männer, während qualifizierte Frauen an die gläserne Decke stoßen. Diese Lücke wurde letztes Jahr zwar kleiner, allerdings legen wissenschaftliche Studien nahe, dass dies ein eher kurzzeitiger, krisenbedingter Effekt sein könnte. Denn die Lohneinbußen wegen Kurzarbeit oder Jobverlust trafen im vergangenen Jahr eher Männer, während viele Frauen die genannten "systemrelevanten" Berufe weiter ausübten.

Wir können uns daher nicht auf dem vermeintlich positiven Trend ausruhen, sondern müssen weiter konsequent für Lohngerechtigkeit kämpfen!

**Ist Dein Lohn
mehr Geschlecht
als gerecht?**

**Equal Pay!
#GeradeJetzt**

SPD
Fraktion im
Bundestag

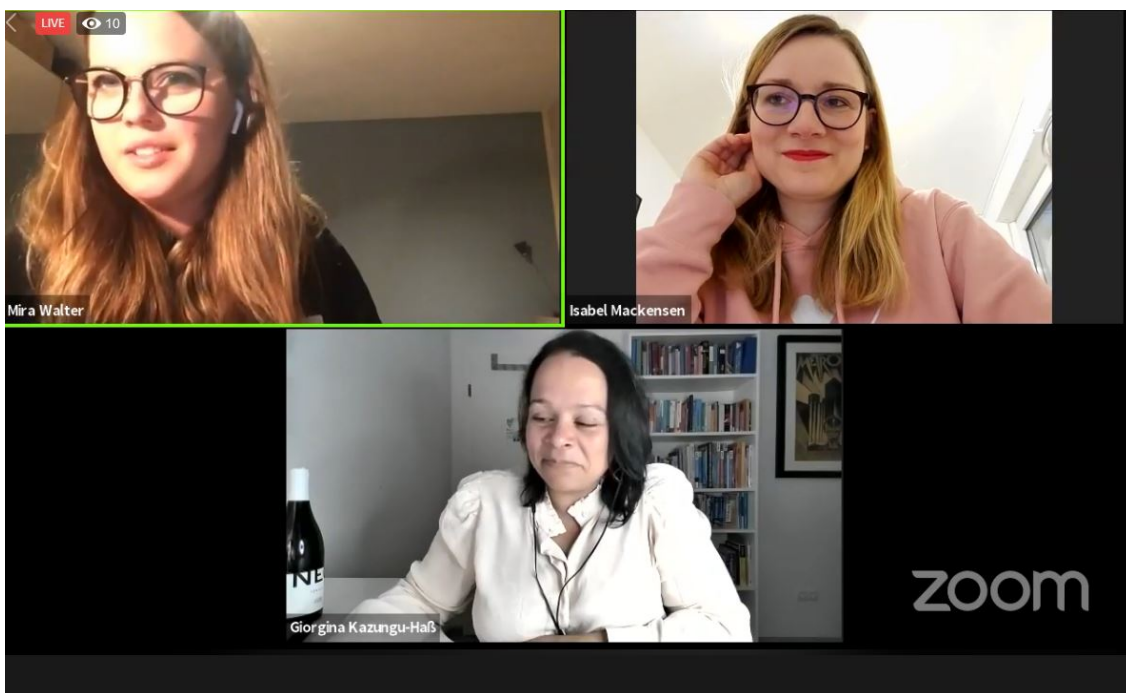
Weinbautalk „Weinland-Pfalz“

Am Dienstag durfte ich gemeinsam mit meiner Kollegin Giorgina Kazungu-Haß, MdL über die Herausforderungen des Weinbaus in Rheinland-Pfalz reden. Mira Walter, Weinbaustudentin am Weincampus Neustadt, befragte uns zu allem rund um das Thema Wein und seine Bedeutung für die Zukunft der Pfalz.

Ein wichtiger Punkt war die schwierige Lage der Winzer:innen, der Gastronomie, des Kulturbereichs und der gesamten Veranstaltungsbranche. Es bedarf in dieser außergewöhnlichen Situation der Entwicklung neuer Konzepte und neuer Formate, um trotz Corona zumindest ein bisschen Normalität leben zu können. Ich bin sehr stolz darauf, dass wir Pfälzer:innen schon immer erfolgreiche Innovationen auf den Weg gebracht haben. Beispielsweise setzen immer mehr Unternehmen bei ihren Vermarktungsstrategien auf die Digitalisierung. Viele Betriebe unterhalten schon eigene Webshops für ihre Produkte oder bieten Onlineweinproben an, die sich wachsender Beliebtheit

erfreuen. Natürlich sind persönliche Treffen in entspannter Atmosphäre etwas wundervolles, aber ein Weinpaket in Begleitung mit einer Online-Veranstaltung kann zumindest vorübergehend eine schöne Alternative sein. Ich habe immer noch sehr viel Freude an meinem „Wurstmarkt dehäm“ Paket.

Um unsere Winzer:innen zu unterstützen, befinde ich mich mit ihnen im regen Austausch. So ist es mir möglich, eventuell vorhandene Lücken in den Hilfsprogrammen für ihre Betriebe frühzeitig zu erkennen und darauf hinzuwirken, dass passgenaue Regelungen für die ganze Branche erlassen werden können. Schon jetzt ist es uns gelungen, über den Weinbau hinaus, eine Vielzahl an Förderstrukturen für sämtliche Bereiche der Landwirtschaft umzusetzen.



Endspurt Landtagswahlkampf

Nach einem Corona-bedingt sehr ungewöhnlichen Wahlkampf befinden wir uns auf der Zielgeraden und ich bin sehr guter Dinge, dass der Wahlsonntag ein voller Erfolg wird! Am kommenden Sonntag geht es um die Zukunft unseres Landes und die Zukunft der Region. Wir regieren unser Land gut. Gemeinsam mit Malu Dreyer sorgen wir für ein erfolgreiches, starkes und gerechtes Rheinland-Pfalz. Dies haben wir auch und gerade in der Krisenzeit unter Beweis gestellt. Damit das so bleibt, ist es wichtig, dass sich möglichst viele Wähler:innen durch ihre Stimmabgabe für eine starke Sozialdemokratie entscheiden. Die Botschaft ist: Wer Malu Dreyer will, muss SPD wählen. Zweitstimme ist Malu-Stimme. Und wir wollen, dass die Region mit Giorgia Kanzungu-Haß, Bianca Straßen, Jaqueline Rauschkolb, Walter Feiniler und Christoph Spies in Mainz weiterhin stark vertreten ist. Daher gilt es, auch mit der Erststimme die SPD zu wählen.

Bitte nutzen Sie Ihre demokratischen Rechte, gehen Sie zur Wahl!

Zum Abschluss jedes Rundschreibens beantworte ich Fragen, die mich in den letzten Tage erreicht haben.

Wie steht es um die Maskenaffäre der Union?

Die Maskenaffäre bei der Union muss rechtliche Konsequenzen haben, so wie wir sie seit langem schon von unserem Koalitionspartner fordern. Es geht eben nicht nur um Aufarbeitung der Einzelfälle und auch nicht um interne Compianceregeln im Sinne einer Art Selbstverpflichtung, wie sie die Union plant. Wir brauchen stattdessen klare und verschärfte gesetzliche Regeln in drei Bereichen: Wir müssen die Sanktionen beim Lobbyregister verschärfen und den sogenannten exekutiven Fußabdruck einführen, wir müssen die Anzeigepflichten bei Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften im Abgeordnetengesetz ausweiten, um für mehr Transparenz zu sorgen und wir müssen Strafen für Bestechung und Bestechlichkeit im Parlament verschärfen, um deutlich zu machen, dass es sich hier nicht um Kavaliersdelikte dreht, sondern um schwere Kriminalität. An diese Regeln müssen sich dann alle halten, ansonsten müssen Regelbrecher spürbar sanktioniert werden.

Wir haben in dieser Woche der Union unsere Vorschläge unterbreitet. Unter anderem fordern wir ein Verbot bezahlter Lobbytätigkeiten neben dem Mandat, ein Verbot der Spendenannahme für Abgeordnete und eine genaue Veröffentlichung von Nebeneinkünften. Der Umfang von Nebentätigkeiten soll angegeben werden müssen, ebenso Aktienoptionen sowie Unternehmensbeteiligungen ab 5 Prozent der Stimmrechte – nicht erst ab 25 Prozent wie heute. Parteispenden sollen auf jährlich maximal 100.000 Euro pro Spender begrenzt werden. Die Veröffentlichungspflicht der Spenden soll von 10.000 Euro auf 2.000 Euro gesenkt werden. Treffen mit Lobbyisten sollen bei Gesetzgebungsvorhaben veröffentlicht werden.

Die Antwort auf unsere Forderungen wird nun die erste Bewährungsprobe, ob CDU und CSU endlich bereit sind, sich in diesen Bereichen nach jahrelanger Blockade zu bewegen.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende, bleiben Sie gesund.

Ihre

Isabel Mackens



[E-Mail im Browser anzeigen](#)



© Copyright 2021 Isabel Mackensen, MdB, Alle Rechte vorbehalten.

Anschrift:

Isabel Mackensen, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Germany

[Add us to your address book](#)